Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 19 / 23 369
Schriftliche Anfrage

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Alexander King

vom 17. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Juli 2025)

zum Thema:
Kürzungen an den Berliner Hochschulen

und **Antwort** vom 4. August 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 5. August 2025)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Dr. Alexander King

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23369
vom 17. Juli 2025
über Kürzungen an den Berliner Hochschulen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche konkreten Voruntersuchungen hat der Berliner Senat durchgeführt, um eine vorzeitige Beendigung der Hochschulverträge und die Kürzung des Budgets für die Universitäten zu rechtfertigen?

Zu 1.:

Der Senat beabsichtigt, die bestehenden Hochschulverträge durch Änderungsverträge mit den Hochschulen anzupassen. Dazu wurden in den letzten Monaten umfassende Verhandlungen mit den Hochschulen geführt. Ziel ist eine einvernehmliche Anpassung der bestehenden Hochschulverträge.

2. Welche Auswirkungen erwartet der Senat für Berlin als Wissenschaftsstandort durch die finanzielle Kürzung der Hochschulen und den damit verbundenen Kapazitätsabbau, der zu einem Verlust von Fachkräften führen könnte?

Zu 2.:

Der Senat geht davon aus, dass die Hochschulen infolge der Kürzungen Konsolidierungsmaßnahmen vornehmen, darunter auch Maßnahmen zur Reduzierung von Studienplatzkapazitäten.

3. Mit welchen rechtlichen Konsequenzen rechnet der Senat durch den Bruch des Hochschulpaktes?

Zu 3.:

Die Bund-Länder-Vereinbarung Hochschulpakt ist 2020 ausgelaufen, insofern sind hier keine Konsequenzen zu erwarten.

4. Welche Dialogformate wurden mit der Hochschulverwaltung, dem Lehr- und Verwaltungspersonal sowie der Studierendenschaft geschaffen, um die Entscheidung und ihre Folgen zu diskutieren?

Zu 4.:

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege hat sich mit den Hochschulleitungen im Rahmen der Verhandlungen zur Änderung der Hochschulverträge intensiv zu den Folgen der Kürzungen ausgetauscht. Daneben steht die Hausleitung im ständigen Austausch mit allen Statusgruppen.

5. Welche Maßnahmen sind angesichts der Reduzierung von Wohnheimplätzen und der zusätzlichen Belastung des bereits angespannten Wohnungsmarktes in Berlin geplant?

Zu 5.:

Es ist keine Reduzierung von Wohnheimplätzen geplant. Stattdessen arbeitet das Land Berlin gemeinsam mit dem Studierendenwerk Berlin sowie den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften kontinuierlich an einer Erhöhung der Wohnheimplätze für Studierende.

6. Welche Auswirkungen hätte eine zunehmende Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln auf die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit?

Zu 6.:

Das Verhältnis zwischen Haushaltsmitteln und Drittmitteln an den staatlichen Hochschulen Berlins variiert je nach Hochschultyp und Hochschulprofil. Aussagen zu Auswirkungen einer

möglichen zunehmenden Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln sind daher nicht möglich.

7. Angesichts der Bedeutung der Hochschulen für die Entwicklung einer zivilen und friedensfördernden Wissenschaft – warum wird gerade jetzt eine Kürzung des Hochschulbudgets beschlossen?

Zu 7.:

Der Senat führt den Beschluss des 3. Nachtragshaushalts für das Jahr 2025 des Abgeordnetenhauses aus.

8. Wie lässt sich die Kürzung in den Bereichen Hochschule und anderen sozialen Sektoren mit der Aufnahme eines Sondervermögens vereinbaren, das angeblich außer der Aufrüstung auch den Kommunen zugutekommen sollte?

Zu 8.:

Es besteht kein Zusammenhang zwischen dem vom Bundestag beschlossenen Sondervermögen und den Kürzungen der Landeszuschüsse der Hochschulen.

9. In welchen Bereichen der Berliner Hochschulen werden Mittel des Sondervermögens eingesetzt werden?

Zu 9.:

In dem vom Senat beschlossenen Haushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 sind für die vom Bund zu vereinnahmenden Mittel in Kapitel 2890 eine Reihe von Maßnahmen veranschlagt.

Berlin, den 04. August 2025

In Vertretung
Dr. Henry Marx
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege